

Niederschrift

StUK/009/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 08.12.2021

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Kamal Kassem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat
Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Lothar Haring	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Herr Sven Weber	SPD	Vertretung für Herrn Volker Brauer
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Silke Friedrich

Verwaltung:

Frau Milena Schauer		Beigeordnete
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin FB 5
Herr Mark Dieckmann		Konversionsmanager
Herr Stefan Klümper		Produktmitarbeiter Vermes- sungsamt
Frau Anke Fischer		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Andreas Greiwe		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
---------------------	--	---

Herr Hachmann eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Vor den Regularien verpflichtet Herr Hachmann, Herrn Sven Weber als neues sachkundiges Mitglied im Ausschuss.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils erklärt die Verwaltung die Absetzung des Tagesordnungspunktes 8, Fortschreibung 100 % Klimaschutz.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 06.10.2021

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung am 03.11.2021

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

3.1.1. Vorstellung des Geodatenmanagement der Stadt Rheine

Herr Stefan Klümper stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1) die Möglichkeiten des Geodatenmanagement für die Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine vor.

Im Anschluss an die Vorstellung, klärt Herr Klümper einige Verständnisfragen der Ausschussmitglieder.

3.2. Informationen der Verwaltung zu Umwelt und Klimaschutz

Es liegen keine Informationen vor.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Peter Nagelmann, wohnhaft in Rheine möchte von der Verwaltung wissen, was die Stadt Rheine plane um private Installationen von PV Anlagen und Wärmepumpen zu fördern.

Frau Schauer erläutert, dass es Beschlüsse der Politik zu diesen Punkten gebe. Zunächst werde ein Prüfauftrag bearbeitet, bei dem städtische Dachflächen auf ihre Tauglichkeit untersucht

werden, PV Anlagen aufzunehmen. Die Ergebnisse werden im Ausschuss vorgestellt, sowie ein Förderantrag dazu vorbereitet.

Private Investitionen in diesem Bereich werden bereits durch Bund und Land gefördert. Ob die Stadt Rheine darüber hinaus in diesem Bereich ebenfalls eine Förderung für private Eigenheimbesitzer anbiete, werde im Rahmen der Fortschreibung 100 % Klimaschutz thematisiert.

5. Eingaben

Die Verwaltung verweist auf die folgenden Eingaben.

5.1. Anregung zur Namensgebung der ehem. Kämpersfläche

Frau Schauer erklärt zu der Eingabe, dass der Investor bereits einen Namen für das Quartier gefunden habe. Er nutze die Bezeichnung Ems Auen Quartier.

5.2. Eingabe zum Bplan Ellinghorst

Zu dieser Eingabe erklärt Frau Schauer, dass das Verkehrskonzept im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens behandelt werde.

5.3. Eingabe Solarbaum

Frau Schauer verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

6. Damloup: Konkretisierung des Mobilitätskonzeptes Vorlage: 650/21

Herr Weiss von DKC und Herr Rechtsanwalt Hitter erläutern anhand einer Präsentation (Anlage 2) das Mobilitätskonzept für das Damloup Quartier und die damit verbundenen rechtlichen Auswirkungen.

Herr Bems bedankt sich für den Vortrag. Er mache sich Sorgen, dass mit dem Mobilitätskonzept eine Insellösung für das Quartier geschaffen werde, welches nicht im gesamten Stadtgebiet nutzbar sei. Seiner Meinung nach sollte zunächst mit den Stadtwerken gesprochen werden, ob hier eine Zusammenarbeit möglich sei. Seiner Meinung nach sollte die App auch für andere Bereiche im Stadtgebiet nutzbar sein.

Frau Schauer erklärt, dass die Verwaltung bereits im Austausch mit der VSR sei. Sie sehe es auch als gute Chance einen Verkehrsbetrieb vor Ort zu haben, dennoch müssten zunächst rechtliche Fragen geklärt werden. Frau Schauer sehe es auch so, dass die Damloup App für andere Quartiere nutzbar sein sollte, denn die Entwicklung einer solchen App koste auch Geld.

Frau Wellmann hält drei Mobilität Hubs für viel für das Gebiet, daher möchte sie wissen, ob auch die umliegenden Nachbarn die Angebote der Mobilität Hubs nutzen können.

Frau Schauer erklärt, dass die Hubs am Rande des Gebietes liegen und erst einmal nur für die Bewohner nutzbar sein werden. Erst wenn absehbar sei, dass langfristig Kapazitäten frei seien, können auch die Nachbarn das Angebot nutzen.

Herr Ortel bedankt sich für die Vorstellung, merkt aber an, dass das Angebot nicht für alle Menschen barrierefrei nutzbar sei. Beispielsweise für die Menschen die kein Handy haben. Weiter möchte er wissen, was mit den Bewerbern für eine Wohnung oder Haus sei, die nicht bereit seien ihr Auto abzuschaffen. Würden diese bei der Vergabe nicht berücksichtigt.

Herr Weiss erklärt, dass der QR Code für die Einfahrt in ein Mobilität Hub auch von einem anderen generiert werden kann und telefonisch ein Zahlencode für die Eingabe übermittelt werden kann.

Frau Schauer ergänzt, dass der Stellplatzschlüssel lange diskutiert wurde. Da die Bewohner keinen eigenen zugewiesenen Stellplatz bekommen, sondern immer einen nehmen der frei sei, sei sie optimistisch, dass die geplanten 600 Stellplätze ausreichend seien, denn es werden nicht immer alle Plätze benötigt. Zu den Stellplätzen kommen dann noch einige Kurzzeitstellplätze für Anlieferungen.

Herr Jansen möchte wissen wieviel Car Sharing bei 650 Wohneinheiten geplant sei und ob bei dem Bike Sharing nur Lastenräder gemietet werden können.

Herr Weiss erklärt, dass auf Grund der Struktur in Rheine ein Bike Sharing nur für Lastenfahrräder vorgesehen sei, denn die Rheinenser verfügten über eigene Fahrräder. Zum Start seien 3 Lastenräder pro Hub geplant. Die Entscheidung wieviel Autos fürs Car Sharing angeschafft werden, solle dem zukünftigen Betreiber der Hub's überlassen werden.

Frau Schauer ergänzt, dass geplant sei, diese Fragestellungen vom Mobilitätsbeirat begleiten zu lassen. Vor allem müsse darauf geachtet werden, was der Angebote sei wirtschaftlich machbar.

Herr Weber möchte wissen, in wie weit geplant sei, diese Überlegungen für andere Quartiere zu übernehmen, z.B. für die Entwicklung an der Cäcilienstraße.

Herr Doerenkamp möchte wissen ob eine Städtische Gesellschaft wie z.B. die Stadtwerke oder eine neu zu gründende Tochtergesellschaft die Aufgaben eines Betreibers übernehmen könne. Weiter interessiert Herrn Doerenkamp welche Auswirkungen es auf das Vergabeverfahren habe, wenn es sich um eine städtische Gesellschaft handele.

Herr Hitter erklärt, dass es möglich sei das eine städtische Tochtergesellschaft den Betrieb übernehme. Voraussetzung für eine solche Inhouse Vergabe sei, dass diese Gesellschaft zu 100 Prozent Leistungen für die Stadt erbringe, und die Stadt zu 100 Prozent Eigentümer sei und somit auf strategische Ziele und wichtige Entscheidungen Einfluss habe. Bei den Stadtwerken werden diese Kriterien derzeit geprüft.

Herr Doerenkamp bittet für die Ratsvorlage um eine Beispielrechnung, damit die Fraktionen die Wirtschaftlichkeit nachprüfen können. Weiter möchte er wissen, wie der Abbau der Etagen geplant sei, wenn die Mobilitätswende greife. Herr Doerenkamp bittet auch noch um ein Beispiel für nicht störendes Gewerbe.

Frau Schauer erklärt, dass vor allem an Ecke Catenhorner Straße/Mittelstraße nicht störendes Gewerbe vorgesehen sei. Aber auch in dem Gebiet könne sie sich gut eine Logopädie Praxis oder einen Steuersozietät als nicht störendes Gewerbe vorstellen. Das Quartier werde als urbanes Gebiet festgesetzt und somit sei eine gute Durchmischung möglich. Ein Abtragen einzelner Etagen der Hubs sehe sie eher nicht. Frau Schauer stellt sich eher vor, dass vor Ablauf der 30 Jahre geprüft werde, was an Plätzen noch benötigt werde, und wieviel für die Nachbarschaft geöffnet werden könne. Nach Ablauf der 30 Jahre könnten komplette Mobilitätshubs abgetragen werden.

Herr Doerenkamp merkt an, dass es ähnliche Apps bereits in anderen Städten betrieben werden und eine Neuentwicklung seiner Meinung nach nicht nötig sei. Hier müsse nur die App auf die Stadt Rheine angepasst werden. Dies sei kostengünstiger. Seiner Meinung nach sollten in den Hubs auch normale Fahrräder mit ins Angebot aufgenommen werden.

Frau Rochus-Bolte gibt zu bedenken, ob es unter diesen vielen Bedingungen auch genug Investoren gebe, die sich darauf einlassen.

Herr Hitter erklärt, dass es zu dem Projekt eine Markterkundung geben werde, mit dem Ziel potentielle Investoren kennen zu lernen. Er gehe davon aus, dass es in dem Verfahren einige Interessenten geben werde. Im Anschluss kann dann die Ausschreibung erfolgen.

Herr Hachmann möchte wissen, wie sichergestellt werden kann, dass die Anwohner das Mobilitätskonzept nicht unterlaufen.

Frau Schauer stellt dar, dass die Kosten für die Mobilität Hubs bereits im Kaufpreis des Grundstücks mit eingerechnet werden. Dadurch wird eine sehr niedrige monatliche Gebühr fällig, so dass ein Parken in der Nachbarschaft unattraktiv wird.

Herr Ortel kommt nochmal auf den Rückbau der Hubs zurück. Er möchte wissen wie der Rückbau aussehen könne.

Frau Schauer hält es für unwahrscheinlich, dass die Hubs innerhalb der 30 Jahre zurückgebaut werden. Sollte die Mobilitätswende eher greifen, könnten die Angebote schon eher für die Nachbarschaft geöffnet werden oder alternative Angebote in die Mobilitätshubs eingestellt werden

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zum konkretisierten Mobilitätskonzept zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Teilnahme an dem Bundeswettbewerb "Nationale Projekte des Städtebaus" **Vorlage: 651/21**

Frau Schauer führt kurz in die Vorlage ein.

Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass innovative Ideen für Energie- und Wärmeversorgung seiner Meinung nach fehlen. Wenn auf fossile Brennstoffe verzichtet werde, finde er es super.

Frau Schauer sagt zu, darauf zu achten, dass dies im Wettbewerbsantrag enthalten ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Stadtverwaltung mit der Teilnahme am Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus – Projektaufruf 2022.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Fortschreibung Masterplan 100% Klimaschutz - Sachstand und Szenarien

Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

9. Vorgaben und Regelungen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen

I. Kenntnisnahme und Grundsatzbeschluss

Vorlage: 622/21

Frau Schauer berichtet, dass die Verwaltung immer mehr Anfragen für mögliche Standorte für PV-Freiflächenanlagen bekomme. Das Interesse wachse immer weiter, da es einen entsprechenden Förderrahmen gebe. Daher sei es notwendig, sich im Ausschuss mit der Fragestellung grundsätzlich zu beschäftigen. Für PV-Freiflächenanlagen müssen Bebauungspläne geändert werden, daher schlägt Frau Schauer vor, einen Kriterienkatalog zu entwickeln, wie mögliche Standorte bewertet werden. Im Weiteren weist Frau Schauer darauf hin, dass auch der Kreis Steinfurt derzeit eine Potentialflächenanalyse zu diesem Thema durchführe.

Herr Doerenkamp schlägt vor, dass die Verwaltung zunächst mit dem Kreis Steinfurt Kontakt aufnehme, um ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen. So können Doppelarbeiten vermieden werden. Bis dahin empfiehlt er die Vorlage zu vertagen.

Herr Bems hält dieses Vorgehen für sinnvoll. Dennoch sollte sich die Verwaltung mit den Freiflächen beschäftigen, da es bisher keine planungsrechtliche Priorisierung gebe.

Herr Hundrup schlägt vor, zunächst Industrieflächen und Flächen von Parkplätzen auf ihre Tauglichkeit zu prüfen. Auf anderen Freiflächen würde die Biodiversität gestört, wenn Freiflächenanlagen entstehen.

Herr Weber meint, dass die Stadt Rheine als größte Kreisstadt weiter an dem Thema arbeiten sollte und nicht warten, bis der Kreis Steinfurt ein Ergebnis habe.

Herr Ortel begreift diese Wartezeit eher als Chance, Freiflächen nicht unnötig zu verbrauchen. Eher sollten Parkflächen und Industrieflächen auf die Machbarkeit geprüft werden.

Frau Schauer nimmt den Prüfauftrag mit, die Vorlage wird bis zum Abschluss der Gespräche mit dem Kreis Steinfurt verschoben.

10. Bewerbung als LEADER-Region Steinfurter Land

Vorlage: 627/21

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

- I) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:
- II) Der Rat der Stadt Rheine beschließt die gemeinsame LEADER-Bewerbung „Steinfurter Land“ mit den Städten und Gemeinden Altenberge, Emsdetten, Greven,

Horstmar, Laer, Metelen, Neuenkirchen, Nordwalde, Ochtrup, Rheine, Saerbeck, Steinfurt und Wettringen für die Förderperiode 2023 – 2029 aktiv zu unterstützen.

Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung wird sich die Stadt Rheine an der LEADER-Arbeit aktiv beteiligen und die Umsetzung von Projekten begleiten.

Die anteiligen jährlichen Kosten zur Kofinanzierung des Regionalmanagements in Höhe von 10 Cent pro LEADER-relevantem Einwohner wird die Stadt Rheine im Falle einer erfolgreichen Bewerbung für den Zeitraum von 2023 bis 2029 (inkl. zweijährige Verlängerung des Umsetzungszeitraums) bereitstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. **39. Änderung des Flächennutzungsplanes**
 Kennwort: "Vereinsheim Hauenhorst" der Stadt Rheine
 I. **Abwägungsbeschluss**
 II. **Offenlegungsbeschluss**
 Vorlage: 638/21

Frau Schauer erläutert einleitend, dass die Bürgerbeteiligung im weiteren Verlauf des Bebauungsplanverfahrens erfolge. Auf Grund der Corona Situation wird die Veranstaltung vermutlich digital angeboten.

Herr Doerenkamp zeigt sich erfreut, dass die Lärmbelastung laut Gutachten doch nicht so hoch sei, wie von vielen bisher vermutet.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) der Entwurf der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort: "Vereinsheim Hauenhorst", nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren nach § 7 Abs. 2 des UmwRG gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 des UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen ist, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Der Geltungsbereich der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes bezieht sich auf das Gelände des SV Germania Hauenhorst südlich des Hessenweges und hier insbesondere auf den nördlichen Teilbereich des Sportareals. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2.667 m².

Der räumliche Geltungsbereich des Änderungsbereiches wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden: durch die Südseite des Hessenweges auf einer Länge von ca. 100 m,
- Im Osten: durch die Westseite des Vereinsgebäudes des SV Germania Hauenhorst bis eine Tiefe von ca. 23 m,
- Im Süden: durch eine südlich verlaufende Parallele zum Hessenweg, entlang der in der Örtlichkeit vorhandenen Stadionumzäunung in einer Tiefe von etwa 23 m am Vereinsgebäude des SV Germania Hauenhorst bis zu einer Tiefe von etwa 24 m am nordwestlich gelegenen Waldrand,
- im Westen: durch die Ostseite des in der Örtlichkeit vorhandenen Waldes in einer Tiefe von ca. 28 m.

Der Geltungsbereich befindet sich auf dem Flurstück 501 in der Flur 23 der Gemarkung Rheine links der Ems.

Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12. **Bebauungsplan Nr. 317,**
Kennwort: "Vereinsheim Hauenhorst", der Stadt Rheine
 - I. **Abwägungsbeschluss**
 - II. **Offenlegungsbeschluss****Vorlage: 482/21**

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

I. Abwägungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt die Abwägung aus den Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den beigefügten Abwägungsvorschlägen (siehe Anlage 1).

II. Offenlegungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 2 BauGB der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 317, Kennwort: "Vereinsheim Hauenhorst", der Stadt Rheine nebst beigefügter Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Während der Auslegungsfrist können Stellungnahmen abgegeben werden, wobei nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 317 bezieht sich auf das Gelände des SV Germania Hauenhorst südlich des Hessenweges und hier insbesondere auf den nördlichen Teilbereich des Sportareals. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2.667 m².

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

- Im Norden: durch die Südseite des Hessenweges auf einer Länge von ca. 100 m,
- Im Osten: durch die Westseite des Vereinsgebäudes des SV Germania Hauenhorst bis eine Tiefe von ca. 23 m,
- Im Süden: durch eine südlich verlaufende Parallele zum Hessenweg, entlang der in der Örtlichkeit vorhandenen Stadionumzäunung in einer Tiefe von etwa 23 m am Vereinsgebäude des SV Germania Hauenhorst bis zu einer Tiefe von etwa 24 m am nordwestlich gelegenen Waldrand,
- im Westen: durch die Ostseite des in der Örtlichkeit vorhandenen Waldes in einer Tiefe von ca. 28 m.

Der Geltungsbereich befindet sich auf dem Flurstück 501 in der Flur 23 der Gemarkung Rheine links der Ems.

Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

III. Bürgerversammlung

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beauftragt die Stadtverwaltung, im zeitlichen Zusammenhang mit der Offenlegung des Bebauungsplanentwurfes eine Bürgerversammlung durchzuführen. In Abhängigkeit der dann geltenden Corona Bestimmungen ist diese Versammlung in Präsenz, hybrid (Mischform Präsenz/digital) oder rein digital durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. **Antrag zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB**
I. Grundsatzbeschluss
Vorlage: 625/21

Frau Schauer informiert, dass mit dem Projekt an der Cäcilienstraße viele Wünsche aus dem Wohnbaukonzept erfüllt werden. Es wird geförderten Wohnungsbau mit einer Quote von 30 % geben, ähnlich wie beim Projekt Damloup ein Mobilitätskonzept und die restlichen Wohnungen werden bedarfsgerecht, eher klein und barrierefrei hergestellt.

Herr Hundrup begrüßt die Planungen, weist aber ausdrücklich darauf hin, dass die Erschließung des Mobilitätshubs wegen der Schule und der Kindertagesstätte **nicht** von der Mittelstraße her erfolgen darf.

Herr Jansen erkundigt sich nach 2 Flurstücken, die im Plan noch nicht mit aufgeführt seien.

Frau Schauer erklärt, dass der Wohnungsverein noch nicht Eigentümer dieser Flurstücke sei. Diese seien aber auch nicht zwingend erforderlich für das Quartier, dennoch bemüht sich der Wohnungsverein, diese Flurstücke zu erwerben.

Herr Doerenkamp erklärt seine Zustimmung. Der Wohnungsverein habe sich bei den vergangenen Projekt als zuverlässiger Partner gezeigt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz stimmt dem Antrag auf Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.11, Kennwort: „Wohnquartier Cäcilienstraße“, der Stadt Rheine zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB vorzubereiten.

Die Vorgaben des noch zu beschließenden Arbeitsprogramms Stadtplanung 2022 sind dabei zu beachten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025 Fachbereich 5 - Planen und Bauen - Produktgruppen 51 und 55 sowie Sonderprojekte IHK Dorenkamp und Konversion
Vorlage: 630/21**

Die Verwaltung verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 5 – Produktgruppen 51 – Stadtplanung und 55 – Umwelt, Klimaschutz und Grünplanung sowie der Sonderprojekte IHK Dorenkamp und Konversion mit den Werten aus dem Haushaltsplanentwurf 2022 und den Ergänzungen aus der Vorlage 517/21 sowie unter Berücksichtigung der in der Begründung aufgeführten Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Anfragen und Anregungen

Anregung von Herrn Wortmann

Herr Wortmann erklärt, dass er von den Anwohnern rund um die Damloup Kaserne angesprochen wurde, wo in Zukunft die Kirmes Wagen, die bisher auf dem Kasernengelände geparkt wurden, abgestellt werden sollen. Es werde befürchtet, dass die Kirmeswagen in den Seitenstraßen abgestellt werden.

Frau Schauer antwortet, dass sie den FB 3 auf das Thema aufmerksam gemacht habe und diese zeitnah ein Konzept erstellen sollen.

Anfrage von Herr Winnemöller

Herr Winnemöller möchte wissen, ob die Stadt Rheine kein Mitspracherecht bei der Namensgebung für die Kämpers Flächen habe.

Frau Schauer erklärt, dass die Stadt Rheine frei in der Namensgestaltung sei, sie es aber für sinnvoll erachte, dass Investor und Stadt einen Namen verwenden. Der Investor hat sich für den Namen **Emsauen** entschieden.

Anfrage von Herrn Jansen

Herr Jansen möchte wissen, wann es einen neuen Sachstand zum ISEK Schotthock gebe.

Frau Schauer erklärt, dass die Verwaltung seit Dezember 2020 trotz Corona weiterarbeiten konnte. Es habe verschiedene Öffentlichkeitsbeteiligungen gegeben. Die letzte Bürgerbeteiligung musste aber leider auf Grund der gestiegenen Inzidenz abgesagt werden. Derzeit werde ein Ausweichformat erarbeitet und dann werde Frau Schauer wieder im Ausschuss informieren.

Herr Jansen hat noch eine Frage zum Bernburgplatz. Im Ergebnis und Investitionsplan werde eine Summe von 890.000 Euro genannt. Er möchte gern wissen woher dieser Betrag stamme.

Frau Schauer sagt eine Antwort vor den Haushaltsplanberatungen zu.

Ende des öffentlichen Teils 19:15 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Anke Fischer
Schriftführerin